
PRESSEMITTEILUNG, 11.04.2024

LAKA fordert: Migrantinnen und Migranten in der öffentlichen Debatte nicht pauschal kriminalisieren!

Die am 09.04.2024 veröffentlichte polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2023 zeigt erneut einen Anstieg der registrierten Straftaten in Deutschland. Diese Zunahme hat eine breite Debatte über mögliche Ursachen ausgelöst. Insbesondere die Zunahme der „Jugend- und Ausländerkriminalität“ wird in den Fokus genommen. Das Veröffentlichen der PKS löst aber auch eine weitere Debatte über die Migrationspolitik aus. Nicht lange dauert es und Stimmen aus der Politik werden laut, die härtere Maßnahmen fordern.

Der LAKA sieht in dieser Diskussion eine dringende Notwendigkeit, jedoch mit einem klaren Fokus: Es ist von entscheidender Bedeutung, die Zahlen in ihrer Relation zu betrachten. "Es gilt soziale Probleme zu lösen, bevor pauschal ganze Gruppen stigmatisiert werden", so der Vorsitzende Daniel Setzler. „Die steigende Kriminalität ist ein Symptom tieferliegender sozialer Missstände, die angegangen werden müssen, um langfristig Kriminalität zu senken.“

Der LAKA warnt davor, dass die aktuell geführte Debatte, denjenigen in die Hände spielt, die Migration insgesamt verurteilen. „Die Frage, ob man Straftaten begeht oder nicht, hat nichts mit Staatsangehörigkeit oder dem Pass zu tun, sondern mit sozialen Lebenslagen, dem Alter und dem Geschlecht.“, zitierte der Deutschlandfunk am 9. April 2024 Tobias Singelstein, Professor für Kriminologie und Strafrecht an der Universität Frankfurt am Main.

Es ist unbestreitbar, dass die steigende Gewaltkriminalität alarmierend und Handeln notwendig ist. Die Zuweisung von Verantwortung aufgrund von Nationalität oder Migrationsstatus ist einfach, wird aber vielen Millionen hier lebender Menschen nicht gerecht und ignoriert die vielschichtigen Faktoren, die zu Kriminalität beitragen.

Die PKS zeigt lediglich einen Teil der Realität und lässt einen weiten Interpretationsraum offen. Der LAKA unterstützt die Forderung nach intensiver Ursachenforschung und konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage in unserer Gesellschaft.

„Es ist wichtig, sich nicht von populistischen Rhetoriken leiten zu lassen, die auf Vorurteilen und Vereinfachungen basieren. Stattdessen müssen wir gemeinsam daran arbeiten, die tieferliegenden sozialen Probleme anzugehen, Benachteiligung in Bildung, Arbeits- und Wohnungssuche beseitigen“, so Daniel Setzler weiter.

Der LAKA - und seine Mitgliedsorganisationen - rufen alle politischen Entscheidungsträger dazu auf, einen ganzheitlichen und überparteilichen Ansatz zu verfolgen, der die Bedürfnisse und Rechte aller Menschen in den Mittelpunkt stellt. Nur durch gemeinsame Anstrengung können wir langfristige Lösungen finden und eine Zukunft gestalten, in der wir Sicherheit und gerechte Teilhabe erleben.

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) ist als Zusammenschluss der kommunalen Migrantenvertretungen das Vertretungsorgan der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationsgeschichte und arbeitet parteiübergreifend, überethnisch und

Landesverband der kommunalen Migrantvertretungen
Baden-Württemberg (LAKA)
Charlottenstr. 25
70182 Stuttgart
Tel: +49 (0) 711 24837-202
www.laka-bw.de



überkonfessionell. Er ist legitimer Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10), des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA BW sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.